JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH“

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 19	6. März 1919	ד' אדר שני תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Die jüdischen Forderungen vor dem Rat der Zehn.

Paris 28. Februar. Havas meldet: *Von dem Rat der Zehn wurden die Darlegungen der amerikanischen, englischen, französischen und russischen Delegierten über den Zionismus angehört. Sokolow und Weizmann hoben das Interesse hervor, das die Schaffung eines souveränen israelitischen Staates in Palästina bieten würde, mit deren Vollziehung der Völkerbund Grossbritannien beauftragen würde. Sylvain Lévi, Professor am Collège de France, wies die Unzukömmlichkeiten dieses Projektes nach und erklärte, eher dafür eintreten zu wollen, dass Palästina eine Art nationaler Heimstätte werde, wo diejenigen Juden, die aus ihren gegenwärtigen Wohnländern wegen schlechter Behandlung auszuwandern wünschen, in Frieden leben könnten. Diese Lösung wurde vor kurzem auch von Balfour und Pichon angeregt. Die christlichen und mohammedanischen Bewohner Palästinas würden sich wohl ohne Schwierigkeiten einem europäischen Regime fügen, das das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Aspirationen zu erhalten vermöchte; dagegen würden sie sich der Vorherrschaft eines andern religiösen Elements widersetzen.*

— Die Besprechung des Zehn-Männer-Kollegiums mit den zionistischen Delegierten *Sokolow* und *Weitzmann* dauerte mehrere Stunden. Es wurden nicht nur die Ansprüche der Juden auf Palästina, sondern die ganze jüdische Frage erörtert. Die Darlegungen der Zionisten wurden mit grösster Aufmerksamkeit angehört und es ergab sich Gelegenheit, an der Hand des Materials in Einzelheiten einzugehen. Der Expertise war auch ein Gegner des Zionismus, der Indologe Prof. Lévi, Vorstandsmitglied der Alliance, beigezogen.

— Laut New-Yorker Herald (Paris) vom 28./2. hat *Tardieu* dem Auslandsredakteur dieses Blattes in einem Interview erklärt: *die zionistischen Forderungen Palästina betreffend werden an der Friedenskonferenz keine Schwierigkeiten darbieten.* Die Konferenz ist einstimmg dafür, Palästina einem Mandatar der Liga der Nationen zu übergeben und dieser Mandatar soll England sein.

— V. d. italienischen Grenze. 6. März. Die Agence Fournier erfährt, Präsident *Wilson* habe die zionistischen Pläne der Errichtung einer jüdischen Republik in Palästina genehmigt. Die von Grossrabbiner *Wise* geführte Delegation habe den Wunsch geäussert, *England* möge der neuen Republik als Mandatar zur Seite stehen.

— Der „Matin“ vom 28. Februar schreibt unter der Ueberschrift „L'an prochain à Jérusalem“, „Achtzehn Jahrhunderte blicken die Juden nach Palästina“: In nachstehenden Ausführungen hat uns Herr Sokolow seine Ideen zusammengefasst, welche er vor dem Rat der Zehn über den Zionismus entwickelt hat. „Es ist dies keine neue Bewegung, welche durch die Notwendigkeiten, die der Krieg geschaffen hat, hervorgerufen wurde, sondern der moderne Ausdruck eines Heimwehs, das trotz der Verbannung von achtzehn Jahrhunderten, niemals erloschen ist. Der Uebergang von diesem Heimweh zu einer praktischen Aktion wurde durch die moralischen Leiden beschleunigt, welche der Ausnahmezustand den grossen jüdischen Massen im Osten Europas auferlegte, dessen bedrückender Charakter besonders während der letzten 40 Jahre accentuiert hervortrat. Die zionistische Organisation fordert von der Friedenskonferenz die Anerkennung der historischen Ansprüche des jüdischen Volkes auf Palästina und das Recht der Juden wieder ihr nationales Heim in diesem Lande zu errichten. Palästina ist für sie das Palästina von ehemals mit der Integrität seiner historischen Grenzen. Die Souveränität Palästinas muss der Liga der Nationen zustehen und diese wird die Regierung einer der Grossmächte anvertrauen, welche als Mandatar handeln wird, Die zionistische Organisation fordert, dass Palästina in politische, administrative und wirtschaftliche Verhältnisse versetzt wird, welche die Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte sicherstellen und letzten Endes die Errichtung eines autonomen „commonwealth“ möglich machen. Es ist damit klar zum Ausdruck gebracht, dass nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung angreift, welche gegenwärtig in Palästina niedergelassen ist; noch weniger aber die politischen Rechte und Statuten, welche den Juden in jedem anderen Lande zustehen. Unter den

Massnahmen welche für die Realisation des zionistischen Programms wesentlich sind, befinden sich die methodische Organisation der jüdischen Einwanderung und Kolonisation in Palästina und ebenso die weitgehendste Autonomie in der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und des Unterrichts. Diese Massnahmen werden es den Zionisten gestatten sich in Palästina zu entwickeln und eine Zivilisation dort zur Blüte zu bringen, die nur eine Fortsetzung der alten jüdischen Zivilisation sein wird. Man tut Unrecht in diesem Projekt nur einen hochherzigen Traum zu erblicken: die verheissungsvollen Grundlagen bestehen bereits in diesem Lande in der Form von 50 gedeihenden Kolonien, welche die Juden dort im Laufe der 35 Jahre geschaffen haben. Es handelt sich dabei nicht um einfache ländliche oder städtische Gruppierungen, sondern um wirkliche Zentren eines eigenen nationalen Lebens, welches seinen Ausdruck in zahlreichen, sehr gut organisierten Schulen mit hebräischer Unterrichtssprache findet. Millionen Juden blicken auf dieses Land; Hunderttausende sind bereit sich auf den Weg dorthin zu machen. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, diesen Elan aufrecht zu erhalten und zu regeln und ebenso von Beginn an den Bedürfnissen der Ankömmlinge Rechnung zu tragen; Wohnung, Ernährung und Arbeit wird für sie beschafft werden müssen. Wir zweifeln nicht, dass dies mit Hilfe der Grossmächte, welche unserer Bewegung wohlwollend gegenüberstehen, möglich sein wird und dass wir trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise die erforderlichen Materialien aufbringen werden; an Geld wird es uns nicht fehlen.“

— Die „Times“ vom 1. März schreibt: Gestern Nachmittag trugen die Zionisten ihre Sachen vor und zum *ersten Mal seit viel tausend Jahren wurde die hebräische Sprache auf einer Friedenskonferenz gehört.* Dr. Weizmann erklärte sich mit dem Empfang zufrieden und erwartet mit Vertrauen, die Annahme der vorgeschlagenen Forderungen. Er sagte: „Wir fordern seitens der Konferenz die Anerkennung unseres historischen Rechtes auf Palästina, unseres Rechtes dieses Land als unser nationales Heim wieder herznstellen. Unter Palästina verstehen wir *ganz Palästina,* d. h. das historische Palästina von Dan bis Bar-Schewa und vom Mittelmeer bis zur Hedschasbahn. Wir verlangen Grenzen, die eine wirtschaftliche Selbsterhaltung in Palästina ermöglichen. Wir asperieren nicht darauf einen zionistischen Staat zu gründen. Was wir wünschen, ist ein Land in welchem alle Nationen und Religionen gleiches Recht und Duldung haben sollen. Die Friedenskonferenz soll Palästina unter eine Liga der Nationen stellen, was ganz mit unseren Wünschen übereinstimmt; wir gehen jedoch weiter und bezeichnen die Macht, die wir als Mandatar der Liga wünschen. Diese Macht ist England. Wir Juden haben immer wirkliche Freunde im britischeu Volk und seiner Regierung gefunden. Immer wieder hat England Sympathie mit dem lebendigen Judentum in allen Teilen der Welt bezeichnet. Das britische Reichssystem kann ohne irgend eine Reibung ein jüdisches Palästina in sich aufnehmen. Das britische System erzieht die von ihm abhängigen Gemeinwesen so, dass es sie schliesslich für die Selbstregierung geeignet macht und wenn sie für die Selbstregierung reif sind, gewährt es ihnen dieselbe frei und willig. Unter Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes meinen wir die Schaffung solcher Bedingungen in dem Palästina von heute, die es uns ermöglichen eine möglichst grosse Zahl von Juden in das Land zu bringen, sie dort anzusiedeln, sie in die Lage zu versetzen sich selbst zu erhalten und nicht zuletzt Schulen, Universitäten und andere jüdische Institutionen zu errichten, sodass dieses Land so rasch als möglich so jüdisch werden soll, wie England englisch ist. Wir hoffen, es wird eine Verwaltung geschaffen werden, die uns tatsächlich befähigen wird, dieses Programm auszuführen. Ich sehe keine Ursache zu Differenzen zwischen uns und der arabischen Bevölkerung. Es ist Raum genug für uns beide in Palästina. Die Nichtjuden brauchen nicht zu fürchten, dass sie durch uns leiden werden. 2000 Jahre haben wir gelernt, was es bedeutet Fremde zu sein. Wir Juden kennen die Empfindungen der Fremden. Ist es wahrscheinlich, dass wir Unterdrückung betreiben werden? Mehr noch, wir haben nie vorgeschlagen, dass eine jüdische Minorität über die Andern herrschen soll. *Palästina wird nur dann ein jüdisches, sich selbst regierendes Gemeinwesen werden, wenn die Mehrzahl der Einwohner jüdisch ist.*

— Der „Daily Mail“ vom 28./II veröffentlicht folgenden Bericht seines Pariser Korrespondenzen auf der Friedenskonferenz:

Was die zionistische Forderungen, die gestern Namittag dem Rat der Zehn unterbreitet wurden, beim britischen Publikum speziell interessant macht, ist, dass die Zionisten nicht danach streben, einen unabhängigen jüdischen Staat zu gründen, sondern in Wirklickeit eine britische Kolonie unter Vormundschaft Grossbritaniens als Bevollmächtigten des Völkerbundes errichten wollen.

Ein jüdischer Meeting in Amerika sagte kürzlich seine Unterstützung dieses Schemas zu. Dies ist wichtig, da die zionistische Bewegung fast ausschliesslich durch englische und amerikanische Juden finanziell erhalten wurde. Wenn Grossbritanien als Bevollmächtigter durch die Konferenz gebilligt wird, wird es seine Pflicht sein, die Entwicklung aller Rassen und Glauben in Palästina zu sichern.

Die Zionisten begünstigen eine Regierung von weitgehender Toleranz. Sie stimmen bereits damit überein, dass der Schutz der christlichen Stätten wie die Kirche des Geburtsortes in Betlehem und das heilige Grab in Jerusalem den Christen für alle Zeiten versprochen werden muss. Desgleichen müssen mohammedanische Gefühle in Bezug auf die Omar Moschee in Jerusalem und andere heilige Orte gesichert werden. Der Auftrag, das neue „nationale Heim“ der Juden unter Schutz zu nehmen, wird nicht bedeutende finanzielle Verantwortungen auf die britische Regierung wälzen, da Palästina ein in landwirtschaftlichen Möglichkeiten ebenso reiches Land wie Aegypten ist.

Es wird voraussichtlich nach dem Krieg eine grosse Einwanderung von Juden nach Palästina stattfinden. In der Welt leben 14 Millionen Juden. Palästina könnte zwischen Dan und Beersheba den Unterhalt für 2 Millionen bieten. Gegenwärtig sind deren nur 100,000 dort.

André Tardieu, der gestern Abend ausländische Korrespondenten empfing, stellte fest, dass Frankreich keinen Einwand gegen die Gründung eines neuen zionistischen Staates in Palästina in dem Völkerbund unter der Garantie der grossbritanischen Schutzherrschaft erheben wird.

— Der Pariser Korrespondent der *„Morning Post"* meldet unter dem 27. Februar: Beim Vorlegen ihrer Angelegenheit bedienten sich die Zionisten des Ausdruckes „unser nationales Heim" und betonten nachdrücklich, dass das, was sie wünschten, nicht die Errichtung eines nationalen Staates sei, sondern die Bildung einer Stätte, wo die hebräische Kultur (Eigenart) gepflegt werden könnte. Die Hauptidee sei die, dass die Juden, die an der Ausführung dieses Planes teilnehmen, in aller erster Linie *Juden* sein müssten, in zweiter Linie kämen solche Juden in Betracht, die Mitglieder anderer Nationen sind. — Die Juden haben bereits bewiesen in welch weitem Masse sie imstande sind, die landwirtschaftlichen Verhältnisse Palästinas zu verbessern. Die Zionisten wiesen den Rat der Zehn darauf hin, dass sie ihrerseits die Notwendigkeit, die christlichen heiligen Orte unter den Schutz der Christen und die mohammedanischen heiligen Orte unter den der Moslems zu stellen, vollständig anerkennen. Kein seiner Verantwortung bewusster zionistische Führer träume jetzt davon, die Errichtung einer Jüdischen Regierung in Palästina zu befürworten; auch würde der Rat der Zehn eine derartige Idee sicherlich nicht akzeptieren.

Gustave Hervé schreibt in *„La Victoire"* vom 28. Februar über „die jüdische Frage auf der Konferenz":

. . . „Wenn tatsächlich eine zionistische Strömung existiert, wie es die Apostel einer Rückkehr nach Jerusalem behaupten und wenn wirklich mehrere Millionen Juden in Russland, Rumänien, Polen und New-York Wiederherstellung einer nationalen Jüdischen Heimstätte um Jerusalem, mit der Absicht sich dort niederzulassen, fordern, und wenn es sich da nicht nur um einen einfachen Traum einer Handvoll Mystiker handelt, die nicht die Ansicht der jüdischen Massen der Länder Ost-Europas oder von New-York zum Ausdruck bringen, dann sieht man wirklich nicht, welche guten Gründe die Entente ihnen entgegensetzen könnte. Aber, leben die Apostel des Zionismus nicht in einem Traum und sind sie sicher, dass — besonders nachdem die Juden Osteuropas die ihnen feierlichst versprochene bürgerliche und politische Gleichheit durch die polnische und rumänische Regierung, ebenso wie durch die russische Revolution erhalten haben werden — es viele Zionisten geben wird, die aus diesen Ländern nach Jerusalem auswandern werden? Wenn sie sich nur darüber Rechenschaft geben, dass die Juden welche in Osteuropa niedergelassen sind, viel zu sehr an dem Lande hängen, in welchem sie aufgewachsen sind — selbst wenn sie dort unglücklich waren — um jemals nach Jerusalem auszuwandern, so ist damit das Entstehen eines neuen Zionismus gegeben, welcher ungefähr die Negation des wirklichen Zionismus bedeutet. Verlangen die zionistischen Delegierten nicht das Recht für die Juden in Polen als eine besondere Nation von den Polen anerkannt zu werden und in dieser Eigenschaft so etwas wie einen Staat im Staate zu bilden, einen jüdischen Staat im polnischen Staat, einen jüdischen Staat mit jiddischer Sprache und jiddischem Unterricht, wenn die zionistischen Deputierten im Namen der zwei Millionen Juden sprechen, die unter 25 Millionen Polen wohnen? Möge es einem Franzosen, welcher leidenschaftlich philosemitisch ist, gestattet sein, ihnen zu erwidern, dass es in Europa keine einzige Nation gibt, weder Frankreich noch England noch Italien noch Deutschland, welche soweit es sie betrifft, das akzeptieren könnte, was sie von Polen verlangen; keine Nation würde sich gefallen lassen, dass Fremde, welche sie in ihren Schoss aufgenommen hat, den Anspruch erheben, eine Art Staat im Staate zu bilden und etwas anderes zu verlangen wie das Recht, unter der Nation zu leben, die sie aufgenommen hat. Der Zionismus, welcher davon träumt, in Jerusalem, dem Geburtslande der Juden, eine jüdische nationale Heimstätte wieder zu errichten, ist ein frommes und legitimes Unternehmen, das keinen Widerspruch eines Patrioten herausfordern dürfte, der den andern grossen Nationen der Entente angehört. Der Zionismus jedoch, der den Anspruch erhebt, national-jüdische Zentren im Schosse anderer Länder, wie in Polen, in Rumänien oder in Russland zu bilden, kann nur ein einziges Resultat haben: in all diesen Ländern und in ganz Europa eine furchtbare antisemitische Explosion hervorzurufen."

Die zionistischen Forderungen auf der Friedenskonferenz.

Die Vertreter der Juden fordern Palästina.

Der *„Corriere della Sera"* vom 28. Februar bringt an leitender Stelle unter obigem Titel folgenden Drahtbericht seines Pariser Korrespondenten Guglielmo Emanuel:

Paris, den 27. Februar, 12 Uhr nachts. Unter den Staaten, welche ihre Ansprüche der Friedenskonferenz anmeldeten, befindet sich auch der zionistische Staat in Palästina. Der Rat der Zehn hat heute die jüdischen Forderungen angehört, die darauf hinauslaufen in Palästina unter dem Schutz des Völkerbundes einen jüdischen Staat zu bilden. Es war *Sokolow*, der Vertreter der zionistischen Organisationen der Vereinigten Staaten, der dem Rat der grossen Mächte das jüdische Memorandum vorlegte.

Sokolow, ein polnischer Jude, früher Leiter einer Tageszeitung in Warschau ist es, der aus den Vereinigten Staaten nach Italien kam, um sowohl die italienische Regierung als auch den Papst für das zionistische Programm zu interessieren. Er ist der erste Jude der vom Papst empfangen worden ist und mit dem er eine freundschaftliche, fast einstündige Unterredung hatte.

Sokolow hatte den Spezialauftrag mit grosser Mässigung das Problem der Errichtung des neuen Staates vorzulegen. Er führte aus, dass wenn eine Nation das Recht habe, Land zu fordern, es wirklich die jüdische sei. Es hat das Recht nach Palästina zurückzukehren, weil dort das jüdische Volk sein normales Leben gelebt hat und eine Zivilisation schuf, die die gesamte Menschheit beeinflusst hat. Er erinnerte kurz an die Verfolgungen deren Opfer das jüdische Volk gewesen ist, nachdem es infolge von Gewaltanwendung Palästina verloren hatte und in die Zerstreuung ging.

England und Frankreich. Während des Krieges traten die zionistischen Organisationen an die Regierungen der Entente heran, die in vollständiger Einmütigkeit daran arbeiteten, in allen Ländern der Entente die Juden zu organisieren, um für den Erfolg der Sache der Alliierten zu arbeiten.

Sokolow führte aus, dass während des Krieges die Juden mehr als irgend ein anderes Volk gelitten hätten und dass ungefähr eine Million jüdischer Soldaten in den Heeren der Alliierten gekämpft hatten, darauf vertrauend, dass der Triumph der Sache der Gerechtigkeit auch dem jüdischen Volke die Freiheit geben würde. Sokolow erinnerte alsdann an die Zustimmung, welche zuerst England, später Frankreich, dann Italien und die Vereinigten Staaten und schliesslich Japan den zionistischen Bestrebungen für die Wiedergeburt ihrer Nation und des Landes, das ihre Wiege ist, gegeben hatten.

Das zionistische Memorandum, das von Sokolow vorgelegt worden ist, schlägt vor, die Erklärung der Alliierten in die Praxis umzusetzen. Es fordert die Schaffung einer nationalen jüdischen Heimat in Palästina, die im Norden vom Flusse Litani begrenzt, im Süden bis El Arish an der ägyptischen Grenze laufen würde; das Mittelmeer würde die Westgrenze und die Hedschasbahn die Ostgrenze bilden.

Der Völkerbund müsste den Schutz (il mandato) in diesem Falle den Schutz des Palästinastaates einer Macht anvertrauen, welche, obgleich von den Zionisten nicht bezeichnet, vermutlich England wäre, wegen der Vereinbarung die in London zwischen den zionistischen Organisationen an deren Spitze Rothschild steht und den Foreign Office getroffen worden sei.

Man wird sich daran erinnern, dass der Emir Fejsal als er der Konferenz die Forderungen der Araber vortrug ausdrücklich Palästina ausgeschlossen hat. Ausserdem schlugen die Zionisten vor, Jerusalem auszuschliessen von der Institution mit der Erklärung, dass die heiligen Städte unter internationalen Schutz gestellt werden müssten. Sie fordern nur diejenigen Gebiete Palästinas, die man als die profanen bezeichnen könnte, um dort landwirtschaftliche Kolonien zu errichten, in denen die Juden, welche noch in gewissen Ländern harten Bedingungen unterworfen sind, angesiedelt werden sollen.

Nach den Ausführungen des Zionisten Sokolow hat der französische Jude Prof. Sylvain Lévi eine These verfasst, die man als die anti-zionistische These bezeichnen kann, da sie wohl die Möglichkeit eines begrenzten Kolonisationsversuches in Palästina nicht zurückweist, jedoch ausschliesst, dass diese Länder eine starke jüdische Bevölkerung ernähren könnten; sie seien gerade ausreichend, für die halbe Million Araber, die sie bewohnen. Lévi ist weniger Dolmetscher der Gedanken des jüdischen Proletariates als vielmehr der Sprecher der jüdischen Assimilanten in den verschiedenen Ländern, die der Schaffung eines jüdischen Staates feindlich gegenüberstehen, weil sie das Judentum als eine Religion und nicht als eine Nation betrachten.

Es ist gut, das zufällige Zusammentreffen dieser Tendenzen mit dem Gedanken eines grossen Syriens unter französischer Führung hervorzuheben, der die Errichtung eines andern neuen Staates ausschliesst der geeignet wäre die englischen Interessensphären im östlichen Mittelmeer mit den Grenzen Aegyptens bis zum Fluss Litani auszubreiten. Es scheint, dass die Ausführungen des Prof. Lévi anf den Rat der Zehn Eindruck gemacht haben und dieser Rat wird sie der Prüfung von Sachverständigen unterbreiten müssen, um zu sehen ob es konveniert einen zionistischen Staat zu schaffen, oder vielmehr ob es besser ist sich darauf zu beschränken die jüdischen Minderheiten in allen Ländern zu schützen, welcher Schutz insbesondere von Vertretern der russischen und polnischen Juden gefordert wird.

— *„Daily Telegraph“* vom 1. März schreibt: Die gestern bei der Friedenskonferenz in Paris seitens der Zionisten vorgelegten Ansprüche hatten ausserordentliche Bedeutung. Es ist mit Gewissheit anzunehmen, dass die Konferenz im grossen und ganzen dieser Frage gegenüber freundlich gesinnt ist. Es scheint, keine ernste Opposition vorzuherrschen und speziell nicht in der Frage, dass den Juden das Selbstbestimmungsrecht gewährt werde.

— *„Journal de Genève“* vom 2. März bringt einen längeren Leitartikel in dem *Ed. Chavannes* ausführlich die Judenfrage seit den ersten Anfängen der Emanzipation schildert und das Entstehen wie auch die Weiterentwicklung des Zionismus beschreibt. Der Artikel schliesst mit den Worten: „Mögen die Juden, die in das Land ihrer Väter zurückzukehren wünschen, es tun, mögen ihnen ihre Installationen erleichtert werden, nichts ist gerechter. Aber andererseits müssen auch die Gefühle derjenigen respektiert werden, welche neben ihrer Treue für die jüdische Religion weiter dem Lande dienen wollen, in dem sie wohnen und in dem sie sich oft sehr angesehene Stellungen errungen haben und in den Institutionen verbleiben wollen, denen sie sich in Treue eingefügt haben.“

— *„Journal des Debats“* vom 28./2. bringt einen gehässigen Artikel von August Gauvain der auch von der „Gazette de Lausanne“ wiedergegeben wird zu dessen Charakterisierung wir nur folgenden Satz zitieren: „Der Zionismus ist eine Hotelfrage und empfehlen wir der Friedenskonferenz diese Frage an eine Kommission des Touring Clubs zu verweisen.“

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z.“ erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich